Der Ausschussvorsitzende nahm einleitend Bezug auf die bereits erfolgten Beratungen im Zentrumsausschuss und Sozialausschuss.

Er verwies auf den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Tischvorlage, DS-Nr. 14/0130) sowie den geänderten Beschlussvorschlag der Verwaltung zu DS-Nr. 13/0302, der allen Fraktionen vorliege.

Herr Metz begründete nochmals den vorliegenden Antrag seiner Fraktion. Er glaube sehr, dass das Thema mit größter Vorsicht angegangen werden müsse, und es bestehe kein Zeitdruck, dem man sich aussetzen sollte. Man müsse sich sehr sorgfältig überlegen, was Nutzung und Gestaltung anbelange und sich derzeit noch nicht auf ein Konzept festlegen.

Herr Parpart erläuterte zunächst die derzeitige Bedarfssituation im stationären Pflegebereich. Danach habe der Rhein-Sieg-Kreis die Pflegeplanung in 2013 fortgeschrieben. Für den Versorgungsbereich III, wozu die Städte Sankt Augustin, Hennef und Siegburg zählen, wurde festgestellt, dass bezogen auf die Stadt Sankt Augustin im Jahr 2030 ein Defizit von 401 Plätzen im stationären Bereich bestehe. Dieses Defizit werde teilweise durch Überhänge in den Städten Hennef und Siegburg kompensiert. Wenn man den Rhein-Sieg-Kreis insgesamt betrachte, bestehe ein Defizit von ca. 1.200 Plätzen. Zu den bereits angeführten vorhandenen Pflegeeinrichtungen in Sankt Augustin sei anzuführen, dass das St. Franziskus Seniorenzentrum ab 2018 beabsichtige, die vorhandenen Heimplätze von 162 auf 80 bis 120 Plätze zu reduzieren. Das Alten- und Pflegeheim St. Monika werde nach heutigem Stand 120 Plätze beibehalten. Unter der Prämisse, dass das St. Franziskus Seniorenzentrum tatsächlich reduzieren werde, entstünde ein zusätzlicher Bedarf von etwa 120 Plätzen.

Herr Gleß verwies auf die damalige Sitzungsvorlage zum Projekt der Lindhorstgruppe (Konzept C), wonach ein Alten- und Pflegeheim mit 80 Pflegeplätzen (Einzelzimmer), 6 Wohn- / Hausgemeinschaften für je 13 bis 14 Bewohner und 24 Einzelzimmer (Rollstuhlfahrerzimmer) vorgesehen ist. Wie soeben von Herrn Parpart ausgeführt, bestehe zu den Pflegeplätzen erheblicher Bedarf. Das Projekt werde nicht überwiegend als Pflegeheim genutzt. Bezogen auf die angesprochene Klientel würden unterschiedliche Bedarfe gedeckt.

Herr Puffe legte dar, dass in der CDU-Fraktion umfänglich diskutiert worden und man zu dem Ergebnis gekommen sei, dem Vorschlag der Verwaltung zuzustimmen. Es handele sich nicht um ein reines Pflegeheim, sondern um eine Kombination von seniorengerechtem Wohnen und Pflegeheim, was man an dieser Stelle für sinnvoll halte. Was den Antrag betreffe, könne man dem nicht zustimmen, weil er etwa unter Punkt 1 eine andere Intention habe, als in der Fraktion beschlossen. Des Weiteren wolle man keine direkte Verknüpfung zwischen den Themen „Alten- und Pflegeheim“ und „Technisches Rathaus“ herstellen. Man wolle die Angelegenheit separat betrachten. Zu den Gründen verwies er auf die Ausführungen von Herrn Gleß im nicht öffentlichen Teil der vorletzten Sitzung.

Herr Metz trug vor, dass die Verwaltung den Investoren bestimmte Vorstellungen genannt habe, was realisiert werden soll, und die Investoren hätten verschiedene Wege gewählt, wie sie den Anforderungen gerecht werden können. Dies habe die Verwaltung

bewertet und daraus eine Bewertungsmatrix erstellt. Es sei schon so, dass man die Entwicklung des Postgebäudes für den genannten Zweck einbeziehen sollte, zumal es in unmittelbarer Nähe gelegen sei. Dass ein Investor so eine Möglichkeit mitdenke, dies aber nicht in die Bewertungsmatrix einfließt, halte er für falsch, da es eine Option verbaue. Zweifelsohne bestehe ein Bedarf an Pflegeplätzen, der auch dringend gedeckt werden müsse. Es frage sich nur, ob in einer Stadt wie Sankt Augustin dafür 4 Pflegeheime in relativ zentraler Lage vorgehalten werden müssen. Es gebe bereits 2 bestehende Einrichtungen und ein projektiertes Vorhaben auf dem Tacke-Gelände. Man sollte sich überlegen, den Bedarf an Pflegeplätzen dezentral zu decken und nicht im Zentrum, was nicht unproblematisch sei. Gerade ortsnaher Pflegeplätze, etwa in den größeren Ortsteilen der Stadt, seien sinnvoll, auch im Hinblick auf ortsnahen Inanspruchnahme von Kurzzeitpflege usw. Die Verwaltung sollte daher nicht schnell einhergehen und sagen, dass aufgrund des Bedarfs an Pflegeplätzen es eine entsprechende Einrichtung an der diskutierten Stelle geben soll, sondern vielleicht auch etwas weiter denken. Selbstverständlich werde die Beratung innerhalb der CDU-Fraktion respektiert. Auch wenn der Ergänzungsantrag nicht angenommen werden sollte, sollte die Verwaltung bei den weiteren Verhandlungen die vorgetragenen Bedenken und Anregungen nicht einfach beiseite schieben. Die Fraktion behalte sich schon vor, zu sagen, dass man sich die Entwicklung in diesem Bereich anders vorstelle und gerade die Ortsteile stärken wolle, was die Pflegeplätze angeht.

Herr Köhler führte aus, dass die Zeit zwischen der Inanspruchnahme von betreutem Wohnen und der von Pflegeplätzen für Betroffene oft nur sehr kurz sei. Von daher mache es absolut Sinn, betreutes Wohnen und Pflege in gewissem Maße zu verknüpfen. Überspitzt formuliert könne man mit Bettlägerigen kein Leben ins Zentrum bringen. Man brauche die Funktion „Wohnen“ im Zentrum, und dass leiste man nicht mit bettlägerigen pflegebedürftigen Menschen. Von daher müsse man auf das richtige Zahlenverhältnis achten. Wenn man an der Stelle betreutes Wohnen anbiete, bedürfe es in gewissem Rahmen ambulante und ein Stückweit auch stationäre Angebote. Mit einem größeren Angebot an stationären Pflegeplätzen sollte man eher in die Peripherie gehen und nicht ins Zentrum.

Herr Schmitz-Porten trug vor, dass die Debatte deutlich mache, dass die Veränderung des Beschlussvorschlages, die per Mail ergangen ist, doch problematisch sei. Man habe seinerzeit nach der Vorstellung der Projekte gesagt, dass sich auch der Sozialausschuss mit der Angelegenheit beschäftigen müsse. Dass man jetzt hier im Zentrumsausschuss Pflegebedarfe diskutiere, finde er schon merkwürdig. Er frage sich, ob nicht der Sozialausschuss nochmals über die heute besprochenen Aspekte beraten sollte, um dann mit einem Votum des Sozialausschusses erneut in die Beratungen im Zentrumsausschuss zu gehen. Man brauche Pflegeplätze und auf der anderen Seite altersgerechtes Wohnen auch im Zentrum.

Herr Gleß stellte fest, dass entsprechend des damaligen Vorschlags des Zentrumsausschusses der Sozialausschuss mit der Sache befasst worden sei. Der Sozialausschuss habe sich ausführlich und wohl auch abschließend mit dem Thema beschäftigt, was die sozialplanerischen Belange angehe und eine Rückverweisung an den Zentrumsausschuss vorgenommen. An diesem Punkt stehe man jetzt und die alte Sitzungsvorlage lebe damit zunächst wieder auf. Er habe sich erlaubt, den

Bürgermeister darauf hinzuweisen, dass der alte Beschlussvorschlag modifiziert werden müsse. Seinerzeit habe der Beschlussvorschlag eine Beschlussempfehlung an den Rat der Stadt vorgesehen. Er benötige aber keinen Ratsbeschluss, um weiter mit der Lindhorstgruppe zu verhandeln. Ein Beschluss des Zentrumsausschusses reiche dafür aus. Insofern habe man dann die Fraktionen rechtzeitig vor der Sitzung auf die Veränderungen hingewiesen.

Herr Parpart erinnerte daran, dass in der Sitzung des Sozialausschusses am 20.11.2013 die Konzepte der drei Investoren vorgestellt und beraten wurden. Letztendlich sei vom Ausschussvorsitzenden der Vorschlag unterbreitet worden, dass man das zur Kenntnis nehme, keine Beschlussempfehlung ausspreche und sich die Fraktionen mit den drei Konzepten weiter auseinandersetzen wollen. Anschließend sollte die Angelegenheit erneut im Zentrumsausschuss behandelt werden.

Herr Gleß verdeutlichte, dass mit den vorgeschlagenen Beschlüssen die Verwaltung ein Votum erhalte, dass sie ermächtige, Verhandlungen mit einem konkreten Investor zu einem ganz bestimmten Projekt zu führen. Dabei gehe es auch um einen Grundstücksverkauf, der noch abschließend im Rat der Stadt beraten und beschlossen werden müsste. So seien die Abfolge und der vorliegende Beschlussvorschlag zu verstehen.

Herr Köhler gab zu Protokoll, dass er für seine Fraktion dem Vorschlag der Verwaltung nicht zustimmen würde, wenn er denn abstimmungsberechtigt wäre. Seine Fraktion plädiere für das Konzept A.

Herr Metz legte zum besseren Verständnis des Antrages seiner Fraktion dar, dass man einen beschlossenen Masterplan habe, der für diesen Bereich seniorengerechtes Wohnen vorsehe. Die Verwaltung habe das jetzt aufgegriffen, festgestellt, dass es einen Bedarf an Pflegeplätzen gebe und die Einrichtung solcher zur Bedingung gemacht. Es gebe drei Investoren und seine Fraktion wolle, dass die Verwaltung das Paket nochmals aufmache und Überlegungen zu einem höheren Wohnanteil, zur Kita und dem technischen Rathaus anstelle. Man sehe es nicht als richtig an, aus der Vorgabe des Masterplans eine Bedingung in Richtung Pflegeheim zu formulieren, dann festzustellen, welcher Investor die Bedingung am besten erfüllt und mit diesem zu verhandeln.

Herr Schmitz-Porten stellte fest, dass man auf die heute anstehende Beschlussfassung nicht ausreichend vorbereitet sei, da sie nicht Bestandteil der versandten Einladung war und die Fraktionen erst durch die kurzfristig versandte Email der Verwaltung in Kenntnis gesetzt worden seien. Vielleicht könne man sich darauf verständigen, dass die Verwaltung in den weiteren Verhandlungen darauf hinwirkt, den Anteil der Pflegeplätze zugunsten der Plätze für seniorengerechtes Wohnen zu reduzieren und damit der heutigen Diskussion Rechnung getragen würde.

Herr Gleß trug vor, dass er zum Thema des technischen Rathauses in öffentlicher Sitzung keine Ausführungen machen wolle. Er habe hierzu ausführlich im nicht öffentlichen Teil der vorletzten Sitzung berichtet. Ganz allgemein könne er hier nur sagen, dass er das Thema des techn. Rathauses damit nicht verknüpfen könne, aus Gründen, die er öffentlich nicht wiederholen wolle. Was den Wohnanteil anbelange,

könne er nach Ermächtigung zu weiteren Verhandlungen mit dem Investor C auf eine möglichst weitreichende Erhöhung des Anteils an freien Wohneinheiten hinwirken. Soweit dazu im Ausschuss Konsens bestehe, könne er sich vorstellen, so zu verfahren.

Der Ausschussvorsitzende fasste zusammen, dass nach der bisherigen Diskussion weiterhin der Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Beschlussfassung anstehe sowie der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Punkten 1 (Anteil an seniorengerechtem Wohnen) und 2 (Kindertagesstätte). Zu Punkt 1 des Antrages habe Herr Gleß ja bereits angedeutet, dass er das Ergebnis der heutigen Diskussion dazu bei den Verhandlungen mit Investor C aufgreifen werde.

Herr Günther teilte mit, dass die Fraktion damit leben könne, wenn der Aspekt des technischen Rathauses nicht mit dem Antrag verknüpft werde. Den Vorschlag der Verwaltung, sich auf den Investor C zu konzentrieren und in weiteren Verhandlungen die diskutierten Änderungen einzubringen, halte er für problematisch, da man dies auch den anderen Investoren anbieten müsse. Die Entscheidungsgrundlage würde damit ja insgesamt verändert.

Herr Dr. Frank legte dar, dass er bis heute Abend aus der letzten Sitzung mitgenommen habe, dass Einigkeit zu einer Kombination aus Wohneinheiten und Pflegeplätzen bestehe und das Konzept C mit dem vorliegenden Verhältnis dazu konsensfähig sei. Dies höre sich jetzt aber anders an. Das dies jetzt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hinterfragt werde, sei grundsätzlich zu respektieren. Merkwürdig und unverständlich sei ihm nur, dass hier ohne ein inhaltliches Votum des Sozialausschusses dazu diskutiert werde. Er wisse nicht, ob man schon so weit sei, der Verwaltung den Auftrag zu erteilen, mit dem Investor zu reden, denn es bedürfe zumindest einer Vorgabe in groben Umrissen. Dazu habe man die Zeit und könne nochmals darüber nachdenken. Er stimme Herrn Günther zu, dass es zumindest unfair gegenüber den anderen Investoren sei, mit anderen Vorgaben nur mit dem Investor C zu verhandeln. Er würde dies juristisch zumindest für problematisch halten. Wenn, dann müsse man das Verfahren nochmals öffnen. Man könne das Ganze heute nicht über das Knie brechen, und es bedürfe sicherlich weiterer Beratungen in den Fraktionen, wozu man auch die Zeit habe.

Herr Metz wiederholte seine Kritik am Vorgehen der Verwaltung in den Verhandlungen mit den vorstellig gewordenen Investoren, in denen sie eigenständig und ohne vorherige politische Diskussion die Einrichtung von Pflegeplätzen zur Bedingung gemacht habe.

Auch Herr Schmitz-Porten sah die Angelegenheit heute noch nicht entscheidungsreif und plädierte vor dem Hintergrund der Bedeutung des Vorhabens für das Zentrum für weitere Beratungen in den Fraktionen und eine Vertagung bis nach der Sommerpause.

Herr Gleß führte aus, dass die Verwaltung zu akzeptieren habe, wenn die Angelegenheit von verschiedener Seite noch nicht für entscheidungsreif gehalten werde. Er wolle allerdings betonen, dass die Verwaltung nicht eigenmächtig gehandelt habe, wie es vorhin angeklungen sei und verwies diesbezüglich auf seine Ausführungen in vorherigen Sitzungen. Sie greife nicht willkürlich irgendwelche Konzepte auf. Vielmehr habe alles einen realen Bezug. Er persönlich halte es für zwingend erforderlich und wichtig, auch

den Senioren eine Heimstatt im Zentrum zu geben, wo die Wegebeziehungen zu zentralen Einrichtungen am kürzesten seien. Er halte es für grundsätzlich falsch, ältere Menschen in die Peripherie zu verdrängen, denn auch diese hätten das Recht, am öffentlichen Leben teilzuhaben. Dazu wolle er auch an die Diskussion zum Tacke-Areal erinnern. Natürlich sollte auch eine entsprechende Versorgung in den Stadtteilen sichergestellt werden. Dies sei auch im Stadtentwicklungskonzept niedergeschrieben. Weiter führte Herr Gleß aus, dass er dem Investor gegenüber eine Antwort schuldig sei, die Ja oder Nein lauten könne. Die Vertrauenswürdigkeit, die er auch persönlich gegenüber dem Investor genieße, sei ein Stückweit auch das Kapital, das er habe. Von daher sollte man die Verwaltung nicht zu lange warten lassen, eine Antwort geben zu können.

Herr Günther wollte dem entstandenen Eindruck widersprechen, dass man ältere Menschen nicht im Zentrum haben wolle. Man habe differenziert zwischen betreutem Wohnen und Pflegeheimen.

Herr Puffe trug vor, dass sich die CDU-Fraktion nicht dagegen wehre, wenn es zu mehr seniorengerechtem Wohnen komme. Das sei durchaus überlegenswert. Was ihn verärgere sei, dass das alles etwas spät auf die Tagesordnung komme. Man tue auch dem Sozialausschuss unrecht, denn wenn man das Protokoll lese stehe da, dass der Ausschussvorsitzende nach der Beratung den Vorschlag unterbreite habe, dass man in den Fraktionen über die Vorschläge der Investoren beraten sollte, da aus seiner Sicht heute wohl kein Votum für den einen oder anderen Investor abgegeben werden könnte. Anschließend sollte dann der Zentrumsausschuss hierüber weiter beraten. Die Sitzung habe bereits am 20.11.2013 stattgefunden. Die CDU-Fraktion könne heute eine Entscheidung treffen, da sie in der Fraktion beraten und zu einer mehrheitlichen Entscheidung gefunden habe. Seine Fraktion könne dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimmen und überlasse es der Verwaltung, wenn sie bei den anstehenden Verhandlungen das Verhältnis von seniorengerechtem Wohnen und Pflegestellen aufgreift.

Herr Köhler wollte ausdrücklich klarstellen, dass er bei den Angeboten, die in der Peripherie vorgehalten werden sollten, Pflegeplätze in stationären Pflegeheimen gemeint habe. Bettlägerige Menschen in einem stationären Pflegeheim könnten eben nicht mehr rege am Leben der Stadt und hier im Zentrum teilnehmen. Deshalb können sie auch in der Peripherie untergebracht sein. Er wolle ausdrücklich nicht generell ältere Menschen, ob mit oder ohne Rollator, weitab in der Peripherie untergebracht sehen, sondern wolle wirklich, dass sie hier im Zentrum ein Maximum an Angeboten mit kurzen Wegen vorfinden können. Er sei auch nicht der Meinung, dass sich der Sozialausschuss um eine Entscheidung gedrückt habe, sondern der Sozialausschuss habe aufgrund der Vorgaben in den einzelnen Konzepten festgestellt, dass grundsätzlich alle machbar und akzeptabel sind. Was er nicht getan habe, aber auch nicht seine Aufgabe sei, die Konzepte unter stadtplanerischen Aspekten zur Zentrumsplanung zu beurteilen. Das sei vielmehr Aufgabe dieses Ausschusses. Man könne es, wie von Herrn Metz dargelegt, schon so sehen, dass die Verwaltung mit der Matrix die Vorgaben des Stadtrates im Masterplan nicht erfüllt habe. Darauf müsse man sich jetzt besinnen.

Herr Gleß machte den Vorschlag, bevor es zu der abschließenden Entscheidung zum

Grundstücksverkauf in den Rat gehe, die Angelegenheit ggf. nochmals im Zentrumsausschuss zu beraten und über die Ergebnisse der weiteren Verhandlungen mit dem Investor zu berichten. Damit könne er dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN natürlich nicht gerecht werden, wolle aber den anderen die Sorge nehmen, dass etwas voreilig festgezurrert werde und käme in der Sache weiter.

Herr Dr. Frank merkte an, dass man mit dem bisherigen Investor nur auf der Basis der vorliegenden Matrix verhandeln könne. In dem Augenblick, wo das Mischungsverhältnis (Wohnen / Pflege) verändert werde, verändere sich für den Investor die Geschäftsgrundlage und er müsse sich das Gesamtkonzept neu überlegen. Entweder bleibe man bei der bisherigen Matrix, entgegen dem Ansinnen des vorliegenden Antrages, oder man sage, die Matrix entspreche nicht mehr dem Gewollten und müsse bei einer wesentlichen Veränderung mit der Suche nach Investoren neu beginnen.